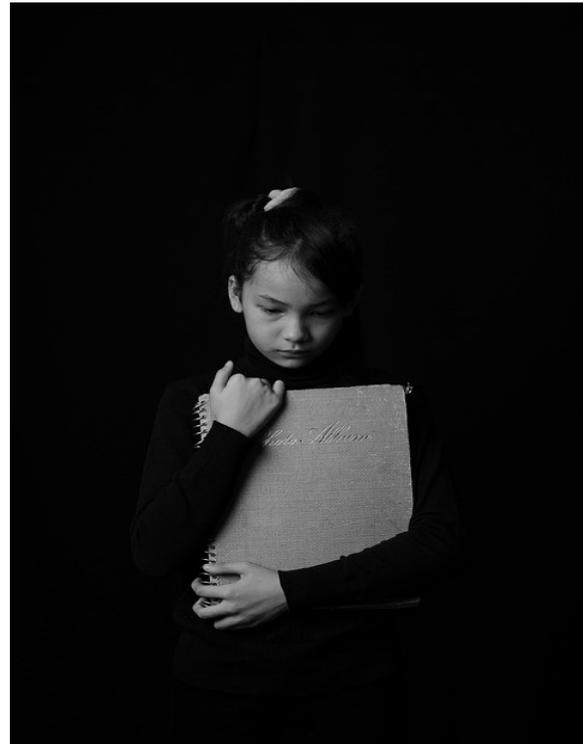


Staatenlose Kinder mit nordkoreanischen Wurzeln

Die Situation der nordkoreanischen Flüchtlinge in China hat sich trotz anhaltender Kritik nicht verbessert. Obwohl ihnen der Tod droht, schieben die chinesischen Behörden weiterhin Flüchtlinge nach Nordkorea ab, sobald sie sie finden. Die Menschen sind illegal, müssen sich verstecken und in den Untergrund gehen. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf den geflüchteten Frauen, die oft in die Prostitution gezwungen werden. Doch nun soll eine andere Personengruppe in den Vordergrund gestellt werden: Die Kinder von illegalen Flüchtlings-Frauen.

Aus Nordkorea geflüchtete Frauen geraten oft in die Hände von Menschenhändlern und werden in China dann an Männer verkauft und nicht selten in grausame sexuelle Zwangsverhältnisse gebracht. Die Kinder, die aus diesen Verhältnissen entstehen, werden meist nicht bei den Behörden registriert, da bereits die Mütter illegal in China sind.

Werden die Mütter von den Behörden entdeckt, dann werden sie zurück nach Nordkorea geschickt und müssen in vielen Fällen ins Straflager. In diesem Fall bleiben die Kinder oft alleine zurück und enden als Waisen auf der Straße. Selbst wenn eine Registrierung stattfinden würde, würde weder Nordkorea noch China sie als Bürger anerkennen. Sie sind faktisch staatenlos und leben ohne Papiere. Offiziell existieren sie nicht.



**Kinder von nordkoreanischen Flüchtlingen
müssen in China als Staatenlose leben.
Offiziell existieren sie nicht.**

Bild: Pexels, CCo Public Domain via Pixabay.

Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit ist ein Menschenrecht

Ohne eine Staatsangehörigkeit haben die Menschen keine Bürgerrechte und verlieren somit jeglichen Schutz. Sie erhalten keinen Platz in öffentlichen Schulen und Kindergärten und sie können oft keine medizinische Hilfe in Anspruch nehmen oder sich krankenversichern. Nur durch hohe Gebühren können sie Schulbildung erhalten. Das beeinflusst zusätzlich ihre Zukunftsperspektiven und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem aber erhalten sie keinen Pass.

**„vom Kindesalter bis
zum Ende des Lebens
benachteiligt“**

Inhalt

Staatenlose Kinder mit nordkoreanischen Wurzeln	S. 1
Sklavenarbeiter in Russland	S. 3
Otto Warmbier nach Haft in Nordkorea gestorben – Nordkoreanisches Regime dementiert Folterverdacht	S. 4
Abschottung erschwert Humanitäre Hilfe für hungernde Menschen	S. 5
Moon Jae- In, Menschenrechtsanwalt mit nordkoreanischen Wurzeln, ist Südkoreas neuer Präsident	S. 6
Neuer Geheimdienst-Chef Nord-Koreas	S. 7
Die Situation von Arbeitern im Nuklearprogramm	S. 7
Das City-Hostel in der Glinkastraße – Geldquelle für Kim Jong-un in Berlin-Mitte.....	S. 8
Von Softwareverkauf bis zum Sklavenarbeiter – Verdeckte Einnahmequellen des Diktators	S. 10
Wie gefährlich ist Nordkorea wirklich für die Sicherheitslage in der Welt?	S. 11
Termine	S. 12

Fortsetzung von Seite 1

Angelegenheiten wie Heiraten, Reisen oder vor Gericht ziehen, die uns als normal erscheinen, werden massiv erschwert oder eingeschränkt. Das Gleiche gilt für den Besitz von Eigentum. Damit sind Staatenlose vom Kindesalter an bis zum Ende des Lebens benachteiligt.

„Schätzungen gehen von 30.000 staatenlosen Kindern in China aus.“

Schätzungen gehen von 30.000 staatenlosen Kindern in China aus. Die Dunkelziffer ist jedoch hoch, die tatsächliche Zahl kann nicht erfasst werden. Durch fehlende Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Ausschluss aus der Gesellschaft sind die Betroffenen ungeschützt und besonders gefährdet, in Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten. Dazu gehören Prostitution, Zwangsarbeit oder Missbrauchsverhältnisse. Die Staatenlosen können nur selten diesem Schicksal entfliehen.

„Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit ist ein Menschenrecht.“

Die IGFM fordert: Den Kindern darf ihr Recht auf eine Staatsbürgerschaft nicht verweigert bleiben. Die Volksrepublik China muss sie als Bürger ihres Landes anerkennen. Außerdem müssen chinesische Behörden nordkoreanischen Flüchtlingen einen offiziellen Status verleihen. Dann wären geflüchtete Frauen nicht mehr

illegal und ihre Kinder hätten bessere Chancen, eine Staatsangehörigkeit und Schutz zu erhalten. Durch die Überwindung der Illegalität würde sowohl den Flüchtlingen (Frauen und Männer) geholfen, als auch den Kindern. So könnten auch die Mütter Prostitutions-, Zwangsarbeits- und anderen Abhängigkeitsverhältnissen entfliehen.

Sklavenarbeiter in Russland

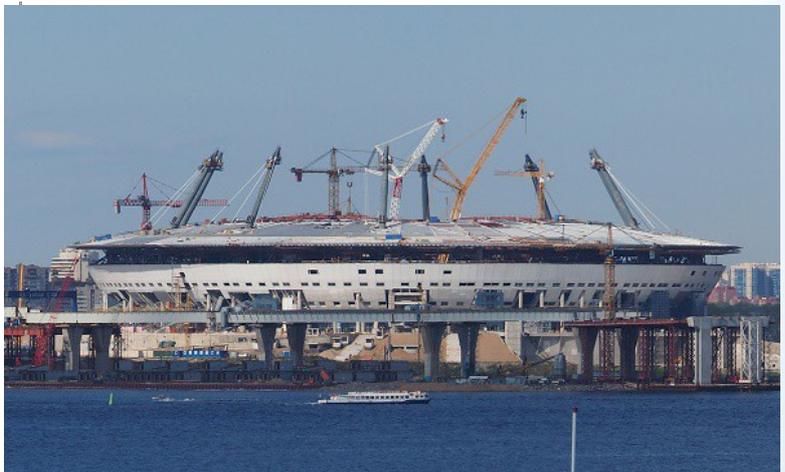
Schon lange stehen verschiedene Länder in der Kritik, die bis heute zulassen, dass dort Nordkoreanern Arbeitsvisa ausgestellt werden, die sich zusätzlich noch problemlos verlängern lassen. Baufirmen, Agrarunternehmen und Schiffswerften - sogar im EU-Land Polen - beschäftigen gerne solche Arbeiter. Sie sind billig, gehorsam und haben praktisch keinerlei Rechte, was ihre Arbeitszeiten und ihren Lohn betrifft.

„Zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche sind nicht ungewöhnlich.“

Sollten Geld in die Staatskassen spülen. Bei diesem Geld handelt es sich um den Lohn der Arbeiter, die davon meist nur mit viel Glück und manchmal nur unregelmäßig einen kleinen Teil zu sehen bekommen. Im totalitären Heimatland bleiben die Familien und Verwandten der Arbeiter zurück, die bei einem Fehlverhalten des Entsandten mit Konsequenzen zu rechnen haben. Derweil schufteten Schätzungen zufolge viele tausend Nordkoreaner in Russland, meist auf Baustellen größerer Bauprojekte wie beispielsweise Brücken. Die Arbeitszeiten schwanken, sind aber in jedem Fall unzumutbar. Zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche sind nicht ungewöhnlich. Viele arbeiten in der Hoffnung auf eine bessere Bezahlung bzw. auf das Wohlwollen des Arbeitgebers sogar noch deutlich länger. Außerhalb des Arbeitsalltags leben sie wie in Gefängnissen eingesperrt in Wohncontainern in der Nähe der bzw. direkt auf der Baustelle; eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln oder ein Anspruch auf Ruhe- und Urlaubstage ist nicht gesichert.

Bei dem kleinsten Fehlverhalten muss damit gerechnet werden, dass der Arbeiter zurück in sein Heimatland geschickt wird, wo ihm und seiner Familie Folter und Lagerhaft drohen. Für von den Baustellen geflohene Nordkoreaner, die versuchen in Russland Asyl zu beantragen, gilt dasselbe – und das obwohl eine Rückführung nach Nordkorea nicht rechtens ist. Im Normalfall müssten sie Asyl erhalten.

In der ersten Jahreshälfte berichteten unabhängig voneinander verschiedene Quellen, dass nicht wenige Nordkoreaner auf einer Baustelle in Sankt Petersburg für die WM 2018 in Russland eingesetzt wurden. Die Arbeitsbedingungen sind ähnlich schlimm. Keine angemessene Unterbringung, kaum Lohn, alles wie gehabt. Nach der Einreise werden den Arbeitern darüber hinaus die Papiere abgenommen und sie werden dauerhaft überwacht, um sie leicht kontrollieren zu können. Ihr Arbeitsalltag gleicht mehr dem einer Maschine: arbeiten, schlafen, arbeiten, schlafen; so geht es weiter bis zur völligen Erschöpfung. Obwohl die FIFA betonte, dass sie keinerlei Menschenrechtsverletzungen auf den WM-Baustellen toleriere, tut sich dennoch nichts – auch nachdem der Verband mehrfach von verschiedenen Seiten über die Zustände auf den Baustellen informiert wurde.



Das Fußballstadion in St. Petersburg, das mit Hilfe von Sklavenarbeitern aus Nordkorea gebaut wurde.

Bild: Wikipedia/Hajotthu, CC BY-SA 3.0

Otto Warmbier nach Haft in Nordkorea gestorben – Nordkorea-Regime dementiert Folterverdacht



Die genaue Todesursache des US-Studenten Otto Warmbier ist unklar.

Bild: CC0 1.0 via Wikimedia Commons

Kurz nach seiner Freilassung aus der Haft in Nordkorea verstarb der US-amerikanische Student Otto Warmbier am 19. Juni 2017 nach längerer Zeit im Koma in seiner Heimat, den USA. Otto Warmbier war am 16. März 2016 im Alter von 21 Jahren zu 15 Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt worden, nachdem er auf seiner Nordkorea-Reise ein Propagandaplakat abgenommen hatte. Die Behörden warfen ihm Diebstahl des Plakats vor und er wurde wegen „Verbrechen gegen den Staat“ verurteilt.

Nach 17 Monaten Haft wurde Warmbier aus humanitären Gründen freigelassen und im Wachkoma in die USA gebracht. Schon seit längerem lag Warmbier im Koma. Nach Angaben der nordkoreanischen Regierung nahm Warmbier aufgrund einer schweren Lebensmittelvergiftung (Botulismus) ein Schlafmittel, das er in der Haft erhielt und war seitdem nicht mehr aufgewacht. Schließlich verstarb Warmbier wenige Tage nach seiner Freilassung im Alter von 22 Jahren im Krankenhaus in seiner Heimatstadt Cincinnati, USA.

Seine Familie und auch US-Präsident Trump zweifeln die nordkoreanische Darstellung der Erkrankung des Studenten an und sehen das nordkoreanische Regime als Verantwortliche für seinen Tod. Sie warfen Nordkorea Folter und Misshandlung vor. Die genaue Todesursache bleibt unklar, die Eltern des Verstorbenen lehnten eine Autopsie ab. Jedoch stellte das Krankenhaus, in dem Warmbier nach seiner Rückkehr in die USA eingeliefert wurde, während der Behandlung schwere Hirnverletzungen fest. Die Behörden in Nordkorea wiesen jegliche Schuldvorwürfe von sich. Sie gaben an, internationale Standards eingehalten zu haben und dementierten Misshandel oder Folter. Der Vorfall verschärfte die Spannungen zwischen den USA und Nordkorea weiter und der US-Präsident verurteilte die „Brutalität des nordkoreanischen Regimes“.

Die Agentur, mit der Warmbier Urlaub in Nordkorea gemacht hatte, will keine Reisen mehr nach Nordkorea organisieren. Neben medizinischen und Sicherheitsgründen spielen auch ethische Bedenken bei Tourismus-Angelegenheiten in Nordkorea eine Rolle. Das Regime kontrolliert Hotels und Transportmittel. Bezahlen ausländische Touristen dafür, füllt das die Staatskasse und unterstützt so das Regime. Jedoch bereichert nicht nur Tourismus im eigenen Land die Staatskasse, sondern auch im Ausland liegende Einnahmequellen, wie ein Hostel in Berlin zeigt (mehr dazu auf Seite 8).

„Die Behörden in Nordkorea weisen jegliche Schuldvorwürfe von sich.“

Die IGFM verurteilt die drakonischen Strafen im kommunistischen Nordkorea sowie die Folter und Misshandlung von Menschen in Haft und Arbeitslagern. Otto Warmbier hat kein haftwürdiges Verbrechen begangen. Nach Einschätzungen der IGFM ist er als Geisel gegenüber den USA missbraucht worden. Das Entwenden eines Plakats ist eine Bagatelle. Gleichzeitig warnt die IGFM vor einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Nordkorea, da darunter vor allem Zivilisten leiden würden, beispielsweise auch im angrenzenden Südkorea.

Abschottung erschwert humanitäre Hilfe für hungernde Menschen

Die Abschottung Nordkoreas vom Rest der Welt hat nicht nur politische und wirtschaftliche Konsequenzen. Sie erschwert auch die ausländische humanitäre Hilfe für die Menschen in Nordkorea erheblich. Viele Nordkoreaner leben in Armut und leiden an Hunger. Dazu kommen mangelnde gesundheitliche Versorgung und erschwerter Zugang zu sauberem Wasser und teilweise unzureichende hygienische Bedingungen. Mangel- und Unterernährung erhöhen zusätzlich die Kinder- und Müttersterblichkeit. Laut Angaben der Vereinten Nationen (2016) benötigen etwa drei Viertel der circa 25 Millionen Einwohner Nordkoreas humanitäre Hilfe in irgendeiner Form.

Das kommunistische Nordkorea rühmt seine Planwirtschaft. Durch die katastrophale Wirtschaftslage sind die Staatseinnahmen gering. Jedoch gibt es viele andere Wege und Kanäle, wie Diktator Kim sich Geld beschafft (mehr dazu auf Seite 8-10). Das Geld wird für Atomforschung, Rüstung oder Propaganda ausgegeben, anstatt in die Versorgung der Bürger zu investieren. So bleibt die Nahrungsmittelversorgung für einen Großteil der Nordkoreaner unsicher.

Das Regime bleibt untätig angesichts der Not. Im Gegenteil, es bedient sich der systematischen Verteilung (oder dem Entzug) der Lebensmittel, um die Bevölkerung zu kontrollieren. Wenige Funktionäre sind in der Hauptstadt Pjöngjang für die Organisation des Zugangs zu Nahrungsmitteln verantwortlich.

Offiziell wurde 2006 die humanitäre Hilfe aus Deutschland von der nordkoreanischen Regierung aufgekündigt. Seither läuft sie jedoch als "entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe" unter EU-Dach weiter. Trotz weiterer Anspannung der Lage infolge der Raketentests und Drohungen ist von deutscher Seite der Wille da, die Hilfe fortzusetzen. Neben der Caritas waren und sind auch die Deutsche Welthungerhilfe, Brot für die Welt und das Deutsche Rote Kreuz in Projekten in Nordkorea aktiv.

„Laut Angaben der Vereinten Nationen (2016) benötigen etwa drei Viertel der circa 25 Millionen Einwohner Nordkoreas humanitäre Hilfe in irgendeiner Form.“

Auch der neue südkoreanische Präsident Moon Jae-in will nun trotz erneuter Raketentests die humanitäre Hilfe wieder verstärken, nachdem sie wegen der Atompolitik Nordkoreas zurückgefahren wurde. Damit will er die Hilfe für Menschen in Not nicht abhängig von der politischen Lage machen, ohne dabei Sanktionen zu verletzen.



Die offizielle Wirtschaft in Nordkorea ist am Boden. Die Bevölkerung leidet Hunger.

Bild: By Brosen - Own work, CC BY 2.5.

Hilfe von außen erreicht im abgeschotteten Nordkorea nur schwer diejenigen, die sie brauchen. Nordkorea untersagte teilweise den Zugang zu Zielgruppen. Aber es gibt wenige Wege, wie dies gelingen kann.

Moon Jae-in, Menschenrechtsanwalt mit nordkoreanischen Wurzeln, ist Südkoreas neuer Präsident

Nachdem die konservative Präsidentin Park Geun Hye wegen Korruptions- und Machtmissbrauchsvorwürfen im März 2017 ihres Amtes enthoben worden war, wählten die Südkoreaner in vorgezogenen Wahlen einen neuen Präsidenten. Der linksliberale Moon Jae-in, ehemaliger Menschenrechtsanwalt und Sohn nordkoreanischer Flüchtlinge, setzte sich klar als Sieger durch und wurde am 10. Mai 2017 in sein Amt eingeführt (für fünf Jahre). Nach jahrelanger konservativer Führung entschieden sich die Menschen in der Republik Korea bei der demokratischen Wahl für Veränderung – auch in Bezug auf den Kontakt zu Nordkorea.

Während des Koreakrieges flohen Moons Eltern mit Hilfe eines UN-Schiffes in den Süden. Ihr Sohn wuchs in Armut auf, was ihn sehr prägte. Dennoch schaffte er es, Jura zu studieren. Schon während seines Studiums setzte sich Moon für Demokratie ein. Später arbeitete er als Menschen- und Bürgerrechtsanwalt, bevor er in die Politik ging.

Seine Wahl macht Hoffnung auf Verbesserung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea. Moon glaubt an die Wiedervereinigung Koreas. Er möchte an die Politik des Dialogs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des früheren liberalen Präsidenten Roh Moo-hyun (2003-2008) anknüpfen, dessen Anwaltskollege und späterer Stabschef er war. Als enger Mitarbeiter und Stabschef Roh Moo-hyuns gestaltete Moon die damalige Entspannungspolitik (oft „Sonnenscheinpolitik“ genannt) maßgeblich mit.

Die Ex-Präsidentin Park (2013-2017) hatte zuletzt aufgrund der Spannungen und Atom-Drohungen den Kontakt zu Nordkorea abgebrochen und mit Sanktionen versucht, das Land noch stärker zu isolieren. Im Gegensatz dazu will der neue Präsident Moon den Dialog mit dem Norden wieder vorantreiben und zeigte sich bereit, für einen offiziellen Besuch nach Nordkorea zu reisen. Nach der Park-Ära will er auch die humanitäre Hilfe für die Menschen im nördlichen Unterdrückungsregime wieder stärken (mehr zu humanitärer Hilfe: Seite 5). Dennoch schließt der neue Präsident nach eigenen Angaben eine militärische Auseinandersetzung im Grenzgebiet nicht aus.

Die Wahl zeigte, dass die Mehrheit der Bevölkerung Südkoreas einen Neuanfang will, sowohl innenpolitisch als auch in den Beziehungen zu Nordkorea. Als Menschenrechtsanwalt und Sohn nordkoreanischer Flüchtlinge liegt nicht nur Hoffnung, sondern auch Erwartungen auf Moon. Die IGFM fordert, dass er die Menschenrechtsverletzungen im abgeschotteten Nordkorea stärker aufdeckt und in den Vordergrund stellt. Eine Eskalation mit Einsatz von Waffen, vor allem Atom-Waffen, muss verhindert werden. Dies ist keine leichte Aufgabe gegenüber dem weiter provozierenden Diktator Kim Jong-un und neben den großen Akteuren USA und China, die ihre eigenen Interessen verfolgen.



Der neue südkoreanische Präsident ist Sohn von nordkoreanischen Flüchtlingen.

Bild: Korean Culture and Information Service (Jeon Han), CC-BY-SA 2.0

„Moon glaubt an die Wiedervereinigung Koreas“

Aus dem „Stacheldraht 4. 2017“ von Friedrich-Wilhelm Schlomann: Neuer Geheimdienst-Chef Nord-Koreas

Mitte Januar war der 72jährige Kim Won-Hong als Minister der Staatssicherheit der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ abgesetzt worden. Ursache dürfte die von ihm angestrebte Einflußnahme seines Apparates gewesen sein, die der Diktator Kim Jong-un als potentielle Gefahr für seine eigene Machtfülle ansah.



Vor seiner Position als Geheimdienst-Chef machte Choe Ryong-hae Karriere bei der nordkoreanischen Volksarmee und der allein herrschenden kommunistischen Partei.

Bild: Uwe Bodrecht, CC-BY-SA 2.0.

Als neuer Leiter aller nordkoreanischen Geheimdienste fungiert der 1950 als Sohn des späteren Verteidigungsministers geborene Choe Ryong-hae, der sehr früh der Volksarmee beitrug und mit gutem Abschluß die Kim-Il-sung Universität absolvierte. 1986 rückte er zum Mitglied des Zentralkomitees der (Staats-)Partei auf und vierzehn Jahre später zum Alternativ-Mitglied dessen Politbüros sowie zum Armee-General. Kurz danach ernannte Kim-Jong-un ihn zum Vize-Marschall, um ihn allerdings kaum zehn Monate später zum General zu degradieren, wenngleich er seine bisherigen Insignien weiter tragen durfte. Rätselhaft bis heute blieb seine

Inhaftierung im März 2014 sowie seine Absetzung innerhalb der Partei-Führungsspitze. Doch schon im Oktober des gleichen Jahres saß er wieder in deren Präsidium und wurde sogar stellvertretender Vorsitzender der Partei. Kim Jong-un muß ihm jedenfalls wieder ziemlich vertraut haben, denn allein er war es, der dessen geheimen Brief an den russischen Präsidenten Putin übergab. Lag der Grund vielleicht in der damals bevorstehenden Hochzeit von Choes Sohn mit der jüngeren Schwester Kim Jong-uns? Persönliche, besonders familiäre Bindungen bedeuten im Nordteil Koreas überaus viel, aber auch sie sind keine Garantie für eine gesicherte Zukunft – selbst als Geheimdienstchef nicht.

Die Situation von Arbeitern im Nuklearprogramm



Das Atomprogramm des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un ist spätestens seit den international geächteten Atom- und Raketentests des Landes bekannt. Schon seit einigen Jahren werden trotz der am Boden liegenden Wirtschaft große Geldmengen aus überwiegend illegalen Einnahmequellen in die Forschung und die Entwicklung des Atomprogramms gesteckt. Freilich sind auch viele Arbeiter von Nöten, die in Zwangsverhältnissen dazu gebracht werden, die atomare Forschung und somit die Aufrüstung des Landes voranzutreiben. Das

Asan Institute for Policy Studies hat hierzu einen Bericht veröffentlicht, in welchem das Schicksal zweier Arbeiter geschildert wird, die trotz fehlender Ausbildung und unter unmenschlichen Bedingungen

arbeiten müssen, um die atomare Schlagkraft des Landes noch weiter auszubauen und die Sicherheitslage auf der Welt noch weiter zu gefährden.

Die Berichte basieren auf Zeugenaussagen der beiden Arbeiter. Der erste Arbeiter schilderte seine Anstellung in einer Uranmine in Pyongsan. Laut seiner Aussage bestanden seine Aufgaben darin, die in den Mientunneln verlegten Gleise zu warten und zu reparieren. Die Arbeitsstunden pro Tag umfassten sieben plus eine Stunde Mittagspause. Im Vergleich zu Berichten über andere Arbeitsverhältnisse in Nordkorea, bei denen eine Stundenzahl von 9 bis 12 pro Tag vorausgesetzt wird, handelt es sich hier um humane Zeiten. Dennoch gibt es weder ein herkömmliches arbeitsfreies Wochenende noch einen regulären Urlaub. Die Versorgung mit nahrhaften Mahlzeiten ist hingegen deutlich besser als die der durchschnittlichen Bevölkerung. Die Arbeiter hatten das Glück, gut mit Lebensmitteln versorgt zu werden.

Während der Arbeit wurde zwar Schutzkleidung getragen, die dringend notwendigen Atemschutzmasken waren allerdings von so schlechter Qualität, dass diese von den meisten Arbeitern ohnehin nicht

„U.a. waren die Mehrheit der im Betrieb arbeitenden Frauen unfruchtbar.“

getragen wurden. Des Weiteren fehlte ein ausreichendes unterirdisches Belüftungssystem sowie ein eigentlich unverzichtbares Strahlenmessgerät für jeden Arbeiter. Angeblich wurden auch regelmäßig Gesundheitschecks bei den Angestellten durchgeführt, die Ergebnisse dieser Checks wurden den Mitarbeitern jedoch nie mitgeteilt. Genauso wurden die wenigsten vor ihrem Arbeitsantritt über die möglichen stark gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der täglichen Mienearbeit informiert.

Ein weiterer Arbeiter berichtete vom Alltag in einer nuklearen Aufbereitungsanlage in Yongbyon. Er arbeitete über 6 Jahre lang in der Analyse von radioaktiven Chemikalien. Über ein Jahr lang wurde er trainiert, um die komplexen Forschungsgeräte bedienen zu können. Trotz seiner „Ausbildung“ wusste er zu keinem Zeitpunkt, welcher Art die von ihm auf konkrete Eigenschaften analysierten Chemikalien waren, woher sie kamen oder wofür sie verwendet wurden. Er übermittelte lediglich die Testergebnisse an seine nächsten Vorgesetzten.

Die ihm zu Verfügung gestellte Arbeitskleidung bestehend aus Schutzanzug, Stiefeln und Handschuhen musste regelmäßig zuhause von ihm persönlich gereinigt werden. Eine ausreichende Sicherheits- und Risikoeinweisung vor Arbeitsantritt blieb vollständig aus. Die Resultate auch dort stattfindender Gesundheitschecks wurden den Betroffenen nur mitgeteilt, wenn es sich um drastischere Symptome oder Erkrankungen handelte. Die enorm gesundheitsbedrohliche Verstrahlung während der Arbeitszeit war auch ohne ärztliches Urteil sehr deutlich wahrzunehmen; U. a. waren die Mehrheit der im Betrieb arbeitenden Frauen unfruchtbar.

Das City-Hostel in der GlinkasträÙe – Geldquelle für Kim Jong-un in Berlin-Mitte

Das City-Hostel in Berlin ist meist sehr gut besucht; kein Wunder, denn die Preise sind günstig und die unkomplizierte Übernachtungsmöglichkeit wird - gerade von jungen Menschen, Touristen, Schulklassen etc. - gerne genutzt. Was erst auf den zweiten oder dritten Blick auffällt: das Gebäude befindet sich auf dem Gelände der Botschaft der „Demokratischen Volksrepublik Korea“, oder klarer ausgedrückt, auf dem Gelände der Botschaft von Nordkorea.

Noch vor einigen Jahrzehnten wurde es genutzt, um zahlreiche Diplomaten und Mitarbeiter der Botschaft unterzubringen. Inzwischen ist es für die mittlerweile wenigen Botschaftsmitarbeiter zu groß geworden und wird weitervermietet. Die Einnahmen durch die Gäste finden so ihren Weg nach Ostasien in die totalitäre Diktatur Nordkoreas. Dort wird mit jedem Cent das finanziert, was nun wieder regelmäßig in den Nachrichten um die Welt geht: die Raketen- und Atomtests des Diktators Kim Jong-un. Die Mehrheit der Hostelgäste dürfte sich nicht bewusst sein, in wessen Hände ihr Geld fließt, denn so gut wie nichts innerhalb des Gebäudes gibt Hinweise auf das sozialistische Regime; keine Abbilder des Führers an den Wänden und auch kein Arbeitslager im Hinterhof. Stattdessen ein schlichter Plattenbau mit einfachen funktionalen Räumen, meist Stockbetten, einigen Gemeinschaftsduschen, einer netten Frau am Empfang und allem, was eben zu einem Hostel dieser Preisklasse dazugehört.

Die IGFM ist sich schon länger des Hostels und seines Zweckes bewusst, Geld in die nordkoreanischen Staatskassen zu spülen. Aus diesem Grund wurden in der Vergangenheit unsererseits bereits Flyer im Hostel verteilt, die über dessen Existenzgrund aufklären. Trotz dieser durchaus erfolgreichen Aktion besteht das City-Hostel weiterhin und erfreut sich bei nichts ahnenden Besuchern ungebrochener Beliebtheit; und das, obwohl es längst geschlossen sein sollte. Laut einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates vom November 2016 dürfen die Auslandvertretungen Nordkoreas ausschließlich diplomatischen und konsularischen Tätigkeiten nachgehen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die überwiegend illegalen Einnahmenquellen des nordkoreanischen Regimes sollen konsequent ausgetrocknet werden, um eine Weiterfinanzierung der ohnehin untersagten Atom- und Raketentests und eine weitere Aufstockung des Militärs des Landes zu verhindern.

Nun soll das Hostel angeblich doch geschlossen werden, so die Bundesregierung. Die Begründung hierfür ist die zuvor erwähnte Resolution des UN-Sicherheitsrates.

Verdient hat Kim Jong-un dennoch einiges an seinen günstig vermieteten Stockbetten, denn zu den Einnahmen durch die Gäste kommt hinzu, dass der Mietbetrag bei der Stadt Berlin bisher nie versteuert wurde. Hieraus ergibt sich eine satte Steuerschuld. Inwiefern dieses Geld aus Pjöngjang nachgezahlt wird, dürfte mit Spannung zu erwarten sein.



Das City-Hostel in Berlin macht einen unscheinbaren Eindruck. Doch dahinter verbirgt sich mehr.

Bild: Jörg Zägel, CC-BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

„Der Mietbetrag wurde bei der Stadt Berlin bisher nie versteuert. Hieraus ergibt sich eine satte Steuerschuld.“

Von Softwareverkauf bis zum Sklavenarbeiter – Verdeckte Einnahmequellen des Diktators

Nordkoreas Diktator zeigt gerne militärische Stärke und stellt sich unter anderem im eigenen Land als großer Feldherr dar. Doch eigentlich sollte er besorgt sein, denn die wichtige geldbringende Wirtschaft, durch die seine Machtposition noch immer aufrecht erhalten wird, existiert kaum noch. Nordkorea liegt wirtschaftlich am Boden und die UN-Sanktionen tragen dazu bei, den Handel mit Gütern für das Militär und das Nuklearprogramm zu beenden. Wie ist es dennoch möglich, dass Kim sein aufwendiges und kostspieliges Atomprogramm weiterhin finanzieren kann? Zeit, mal einen Blick hinter die Kulissen des „kommunistischsten Landes der Welt“ zu werfen. Woher kommt eigentlich Kim Jong-uns Geld?

„Trotz Sanktionen hat sich Kim mit Hilfe von Jon Il-chun ein verdecktes und ironischerweise zutiefst kapitalistisches System aufgebaut.“

Für das Füllen der Kassen ist in Nordkorea das so genannte „Büro 39“ zuständig. Dessen Leiter Jon Il-chun ist ein enger vertrauter des „Führers“ und hält die Fäden eines weltweiten Geflechts von Devisenbringern in seinen Händen. Mit zu diesem Geflecht gehört Han Hun-il. Er ist Nordkoreaner, wohnt allerdings in Malaysia und ist Co-Chef von *Malaysia Korea Partners*.

Wie ein Überläufer berichtet, lässt das Unternehmen überwiegend Heldenstatuen und Denkmäler vornehmlich in den afrikanischen Ländern Simbabwe und Angola produzieren. Ein Geschäft, das nur allzu gut zum nordkoreanischen Führerkult passt. Einmal jährlich trifft sich Han mit Funktionären aus Nordkorea, außerdem überweist er mit gleicher Regelmäßigkeit einen hohen Geldbetrag nach Pjöngjang. Han bestreitet dies zwar, das UN-Komitee, welches für die Sanktionen für das Land verantwortlich ist, ist jedoch bereits aufmerksam geworden.

Ein ähnlich anmutendes Modell verwendet auch Kim Chang-hyok; er ist ebenfalls ein in Malaysia lebender Nordkoreaner und nennt sich wahlweise James Kim. In Singapur ist er Manager einer Firma namens *Adnet*, die Software unterschiedlichster Art vertreibt. Bei *Glocom*, einem malaysischen Unternehmen, ist er ebenfalls aktiv. Auch in diesem Fall ist das UN-Komitee alarmiert. Hinter *Glocom* verbirgt sich eine nordkoreanische Firma, die mit Rüstungstechnologie handelt. Dort werden Elektronikbauteile aus dem chinesischen Hongkong zu gewinnbringenden Geräten montiert. Das erwirtschaftete Geld findet seinen Weg letzten Endes nach Pjöngjang; dorthin, wo es vom Regime dringend benötigt wird.

Die Liste über Pjöngjangs Geschäfte zur Finanzierung des Militärs und des Atomprogramms ließe sich noch viel weiter führen. Pjöngjang fälschte unter anderem lange Zeit Dollarnoten und brachte sie anschließend in Umlauf, scheint sich inzwischen damit allerdings wieder zurückzuhalten. Darüber hinaus sind Cyberangriffe und nordkoreanische Sklavenarbeiter zu nennen, die vom Regime ins Ausland geschickt werden und unter unakzeptablen Bedingungen als Schweißer, Holzfäller, Erntehelfer, Bauarbeiter oder auf Schiffswerften arbeiten müssen, um anschließend mit ihrem Lohn die Diktatur in der Heimat zu finanzieren.

Trotz Sanktionen hat sich Kim mit Hilfe von Jon Il-chun ein verdecktes und ironischerweise zutiefst kapitalistisches System aufgebaut, welches ihm bis heute mit den Einnahmen nicht nur seine Macht sichert, sondern auch dafür sorgt, die Welt weiterhin mit seinen Waffentests in Angst und Schrecken zu versetzen.

Kommentar: Wie gefährlich ist Nordkorea wirklich für die Sicherheitslage in der Welt?

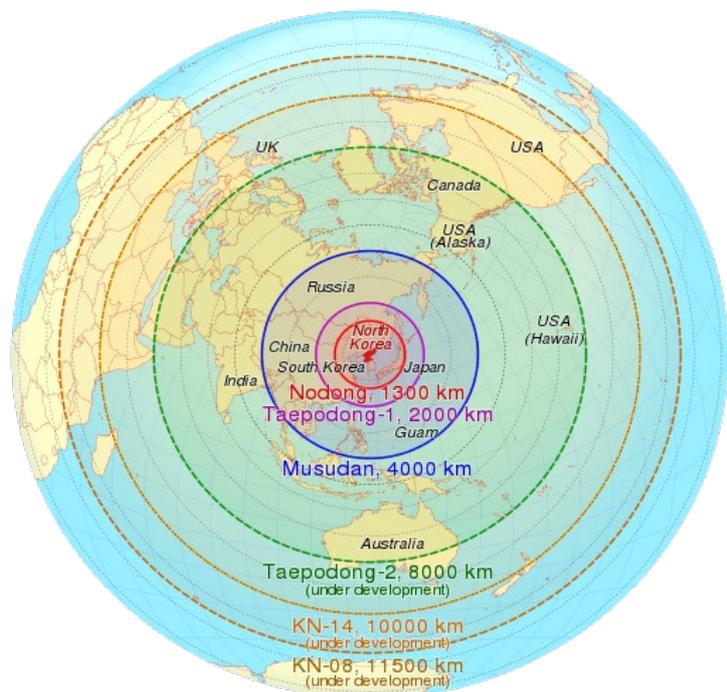
Das Nordkorea einmal Teil des Atomwaffensperrvertrages war, ja selbst dass es in den 90ern einmal echte Gespräche zwischen Nordkorea, China, den USA und Südkorea gab, kann sich beim Blick auf die aktuellen Nachrichten kaum mehr jemand vorstellen.

Inzwischen vergehen kaum ein paar Wochen, in denen man nichts über militärische Drohungen aus Nordkorea in den Medien hört. Seien es nun die inzwischen wieder regelmäßigen Rakentests, die Atomwaffentests oder eine der zahlreichen verbalen Provokationen aus Pjöngjang. Doch wie gefährlich ist das Land wirklich für die Sicherheit in der Welt?

Hält man sich die Ereignisse der vergangenen Monate vor Augen, könnte man meinen, die koreanische Halbinsel stehe kurz vor einem Atomkrieg. Tatsächlich ist diese Gefahr keineswegs zu unterschätzen. Die Zeit der strategischen Geduld ist zumindest auf amerikanischer Seite unter Präsident Trump vorbei. Die UN-Sanktionen gegen das Land werden immer weiter verschärft und selbst China distanziert sich mehr und mehr und hat in der Vergangenheit mit einem weiteren Exportverbot die Einnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten des Landes weiter beschränkt.

Besonders viel Zeit bis zu einem Höhepunkt des Konflikts wird definitiv nicht mehr bleiben. Nordkorea legt in Anbetracht seiner katastrophalen wirtschaftlichen Situation ein enormes Tempo bei der Weiterentwicklung seines Atomprogramms vor. Es mag vielleicht noch einige Zeit dauern, aber es lässt sich erwarten, dass das Land früher oder später das amerikanische Festland mit Interkontinentalraketen, die Atomsprengköpfe tragen, erreichen kann. Schon jetzt hat Kim Jong-un sich ein kriminelles Netzwerk in der Welt aufgebaut, welches ihm ermöglicht, weiterhin seine Machtposition zu halten und ihm trotz aller Sanktionen noch immer beachtliche finanzielle Einnahmen sichert. Klar ist: In absehbarer Zeit wird definitiv eines oder mehrere der in den Konflikt involvierten Länder handeln müssen. Ob es sich bei dieser Handlung um einen Erstschatz handelt oder neue Verhandlungsstrategien genutzt werden, bleibt abzuwarten.

Nordkorea besitzt aktuell – je nach Schätzung – 10 bis 20 Atombomben und drohte mit „wöchentlichen Raketentests“. Die USA und Südkorea rüsten selbst militärisch in Grenznähe zu Nordkorea immer weiter auf; wer also behauptet, die Situation sei unbedrohlich oder leicht kontrollierbar, der irrt gewaltig.



Die Graphik zeigt die geschätzte Reichweite von nordkoreanischen Raketen. Die Raketen, die die drei äußersten Radien (gestrichelte Linien) erreichen könnten, sind noch nicht fertig entwickelt.

Bild: TUBS, CC-BY-SA 3.0 via wikipedia

Termine

“Schreckensregime Nordkorea: Blick in ein verschlossenes Land”

Zu diesem Thema hat die IGFM-Arbeitsgruppe Villingen-Schwenningen in Kooperation mit dem Bildungswerk Heilig Kreuz Herrn Joo Il Kim eingeladen. Er wird über seine eigene Geschichte sowie die atomare Bedrohung, Christenverfolgung, Zwangsarbeit und Folter in Nordkorea berichten.

Wann: 20. Juli 2017. Wo: Pfarrsaal Heilig Kreuz, Hochstraße 34, 78048 Villingen-Schwenningen



Joo Il Kim floh 2005 als Hauptmann des Heeres aus dem kommunistischen Nordkorea.

Im Portrait: Joo Il Kim

- Vom Hauptmann zum Menschenrechtsaktivist

Joo Il Kim wurde 1973 in Kilju in der Provinz Nord-Hamgyong geboren und floh 2005 aus der kommunistischen Diktatur Nordkorea. 1993 trat er der nordkoreanischen Armee bei und diente dort bis er sich zur Flucht entschied.

Während er in der Schule lernte, wie großartig sein Land und die Armee seien, wurde er während der Zeit beim Militär immer wieder mit den schlechten Bedingungen, unter denen die Menschen in Nordkorea leben, konfrontiert. Er berichtet von Hunger, harten Strafen, verschwundenen Familien und Exekutionen. Während seiner Zeit bei der Armee sah er viele Soldaten und Zivilisten verhungern und begann, das nordkoreanische Regime infrage zu stellen. Als seine Nichte an den Folgen von Unterernährung starb, entschloss sich Joo Il Kim zur Flucht.

Im August 2005 überquerte er einen Fluss zur chinesischen Grenze. Mit Hilfe von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen gelang er über Vietnam, Kambodscha und Thailand nach Großbritannien, wo ihm 2007 Asyl gewährt wurde. Erst als er das Regime verlassen hatte, wurde ihm bewusst, wie sehr die Bevölkerung Nordkoreas einer ständigen Gehirnwäsche unterzogen wird. In Europa widmet er nun sein Leben dem Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Er gründete die Zeitung „free NK“, die von nordkoreanischen Flüchtlingen herausgegeben wird und in der er sich für die humanitäre Situation und die Demokratisierung Nordkoreas einsetzt.

Impressum

Nordkorea Report

Redaktion: Carolin Benischek, Linda Fiene, Marvin Müller, Ulrike Lessenthin, Martin Lessenthin (ViSdP).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Deutsche Sektion e.V. • Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt am Main
Tel: 069-420 108-0 • Fax: 069-420 108-33
eMail: info@igfm.de • www.igfm.de / www.menschenrechte.de
<https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

